

Thorner Zeitung.



Nr. 128

Mittwoch, den 4. Juni

1902

Neue Nachrichten.

Berlin, 2. Juni. Pastor Dörfelhoff aus Trebbin, der über 100 000 M. amtliche Gelder unterschlagen hat, war nach der hiesigen Chartree übergeführt worden, um auf seinen Gesetzestand beobachtet zu werden. Hier ist er plötzlich an einem Leberleiden, das er sich infolge ausschweifenden Lebens zugezogen, gestorben.

Berlin, 2. Juni. Flüchtig ist der Sekretär des Lederarbeiter-Verbandes, Beßwenger. Er ist verdächtig, Unterschlagungen im Betrage von mehr als 20 000 M. begangen zu haben. Er redigierte das von dem Verband herausgegebene Fachblatt.

Leipzig, 2. Juni. Die beiden Söhne des Kellners Schmidt im Alter von 7½ und 5 Jahren hatten in Abwesenheit der Eltern sich der Petroleumkanne bemächtigt und deren Inhalt in das Feuer der Küchenmaschine gegossen. Hierbei explodierte die Kanne; die Flammen schlugen zurück und setzten die Kleider der unglücklichen Kinder in Brand. Die Kleinen verstarben alsbald.

Wien, 2. Juni. Ein blinder Musiker, Wieshofer, 81 Jahre alt, und sein Freund, der Musiker Heurteur, 70 Jahre alt, wollten das Geleise der Straßenbahn überschreiten. Sie wurden von einem Motorwagen niedergestoßen. W. wurde sofort getötet, während Heurteur schwer verletzt wurde.

Teplitz, 2. Juni. Im Wilhelmschlach in Wiesa erfolgte eine Grubenexplosion. Es wurden 1. Werkshäuser getötet, viele Arbeiter schwer verletzt.

Amsterdam, 2. Juni. Ein Bulletin besagt: Die Genesung der Königin macht sichtliche Fortschritte. Die Patientin verlässt bereits das Bett und verbrachte gestern zum ersten Mal eine zeitlang im Freien.

Paris, 2. Juni. In St. Denis stießen infolge falscher Weichenstellung 2 Straßenbahnwagen zusammen. Beide Wagen wurden zertrümmert, 24 Personen verletzt.

Athen, 2. Juni. Erderschütterungen machen sich seit einigen Tagen an verschiedenen Orten Griechenlands bemerkbar.

Fort de France, 2. Juni. Die Lage bleibt unverändert. Der Vulkan ist noch immer tätig und wirft Asche aus.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

80. Sitzung vom 2. Juni, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Anträge betr. Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes.

Der Antrag der Konserватiven, der auch vom Centrum unterschrieben ist, lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß dem von der Mehrheit des Reichstags-Zolltarifkommission ausgedrückten Wunsche auf Verstärkung des landwirtschaftlichen Zollschutzes über die Zolltarifvorlage hinaus entsprochen werde."

Die Freikonservativen beantragen diesen Antrag in folgender Fassung anzunehmen: "Die königliche Staatsregierung aufzufordern, im Bundesrat dafür einzutreten, daß eine Verständigung mit dem Reichstage betreffs der von der Zolltarifkommission gesetzten Beschlüsse auf Verstärkung des Zollschutzes für die Landwirtschaft über die Sätze der Zolltarifvorlage hinaus, herbeiführt werde."

Ministerpräsident Graf Bülow: Zu den vorliegenden Anträgen habe ich namens der lgl. Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben: "Die lgl. Staatsregierung lehnt es ab, an den Beratungen dieser Anträge sich zu beteiligen. — Der dem Reichstage vorlegende Entwurf eines Zolltarifs bildet einen nach langen und mühevollen Verhandlungen unter den verbündeten Regierungen zu Stande gekommenen Kompromiß. Nachdem der Entwurf dem Reichstage vorgelegt ist, gehört diese Materie zur Kompetenz des Reichstags. (Zustimmung und Beifall links.) Die gleichzeitige Beratung dieses Gegenstandes in den Landtagen und namentlich in denjenigen des größten Bundesstaates kann nur den Zweck verfolgen, von den parlamentarischen Körperschaften der Einzelstaaten aus einen Einfluß auf die Beschlusnahme des Reichstages auszuüben. Eine solche Tendenz würde dem Wesen der Reichsversammlung nicht entsprechen. (Beifall links.) Es muß die Staatsregierung ihrerseits sich versagen, ihren übrigens an zuständiger Stelle bereits wiederholt unzweckmäßig dargelegten Standpunkt in der zur Diskussion stehenden und zur Kompetenz des Reiches gehörenden Frage hier in diesem Hause näher zu entwickeln. (Beifall links.)

Nach der Erklärung des Reichskanzlers verlassen die Regierungsvorsteher den Saal.

Abg. v. Heydebrand (cons.): Ich kann über die Erklärung des Ministerpräsidenten nur mein Bedauern aussprechen. Wir haben geglaubt, daß die Stellungnahme des Landtags in dieser Frage geeignet sein werde, die Reichsregierung zu beeinflussen. Das ist nicht geschieden. Unsere Wähler werden die Frage an uns richten, was wir getan haben zum Schutze der Landwirtschaft. Es fragt sich, ob die deutsche Landwirtschaft noch bestehen kann oder nicht. Der preußische Landtag ist durchaus der Ort, wo eine solche Frage erörtert werden kann. Der Antrag geht dahin, daß wir die Verstärkung des agrarischen Zollschutzes, welche die Mehrheit der Zolltarifkommission angenommen hat, auch von der Mehrheit des Bundesrats angenommen zu sehen wünschen. Dass der Getreidebau lohnend erhalten wird, ist eine Existenzfrage allerersten Ranges für die Landwirtschaft. Unser Antrag bezieht sich auf die Viehzölle. In manchen Landesteilen hat die Viehzucht dieselbe Bedeutung wie der Getreidebau. In der letzten Zeit ist die Preislage der Viehproduktion eine befriedigende gewesen. Das kann sich aber in der Zukunft ändern. Wir haben leider sehen müssen, daß die Haltung des Bundesrats fortgesetzt eine ablehnende gewesen ist. Die Rücksicht auf das Ausland ist nicht maßgebend. (Beifall rechts.) Meine Freunde sind darin einig, daß die früheren Handelsverträge ein Unglück für die Landwirtschaft bedeuten. (Sehr richtig! rechts.) Fürst Bismarck, der große Vorgänger des Grafen Bülow, hielt es mit der südlichen Verfassung für durchaus vereinbar, daß die Einzel-Landtage mitzusprechen haben über Reichsangelegenheiten. Wir sind alle davon überzeugt, daß seit zwanzig Jahren die Verhältnisse der Landwirtschaft sich im wesentlichen verschlechtert haben. Die Landwirtschaft hat kein Interesse an langfristigen Handelsverträgen. Mögen die Opfer auch von denselben getragen werden, die Nutzen davon haben. Alle Vertreter der deutschen Landwirtschaft sind darin einig, daß das, was von der Mehrheit der Zolltarifkommission verlangt wird, noch weit hinter dem zurückbleibt, was der Landwirtschaft nötig ist. Redner verweist auf die Maßregeln der Amerikaner, die sie zum Schutze ihrer Landwirtschaft ergriffen haben, sowie auf die letzten Neuerungen des Minister Chamberlain über die Schutzpolitis, die die Engländer einzuschlagen beabsichtigen. Wir wollen vom Standpunkt der Interessen, die uns anvertraut sind, offen vor dem Lande sagen, daß wir durchdringen sind von der Notwendigkeit der Erhöhung der Zölle. (Beifall rechts und im Centrum. (Blätter links.)

Abg. Frhr. v. Leditz (st.): verließ eine längere Erklärung seiner Fraktion. Dem Ministerpräsidenten gegenüber bemerkte ich, daß wir durchaus zweifellos legitimiert sind, uns mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Wir wollen uns an den weiteren Verhandlungen nicht beteiligen und beschränken uns auf diese Erklärung. Falls unser Antrag abgelehnt werden sollte, werden wir bei weiteren Abstimmungen uns der Stimme enthalten. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. v. Cynern (nl.): Ich habe Erklärung abzugeben: "Die nationalliberale Fraktion muß es ablehnen, zu den durch die Anträge angeregten Fragen in dem Augenblick, wo diese Fragen der Beratung des Reichstags unterlegen und für welche dieser allein kompetent ist, Stellung zu nehmen. (Sehr richtig! links.) Wir werden deshalb gegen beide Anträge stimmen." (Lachen rechts.)

Abg. Herold (ctr.): Die Vertreter der Regierung haben in der Zollkommission in Agrarfragen eine durchweg ablehnende Stellung eingenommen, und dieser ablehnende Haltung gegenüber haben wir und die konservative Partei es für angezeigt erhalten, die Angelegenheit auch hier zur Sprache zu bringen. Es ist nicht die Absicht, wie der Reichskanzler anzunehmen scheint, durch unsere Stellungnahme Einfluß auf den Reichstag auszuüben, sondern wir beabsichtigen, Einfluß auszuüben auf die preußische Staatsregierung. (Sehr richtig! rechts.) Eine geschlossene Majorität der Landesvertretung bringt damit die Volksstimme, welche durch den Landtag zum Ausdruck kommt, zur Geltung. Der Reichskanzler hat das Recht bestritten, hier Reichsangelegenheiten zu erörtern. Das ist aber schon sehr oft geschehen. (Zustimmung rechts.) Es ist auch gar nicht zweifelhaft, daß die Landesvertretung berechtigt ist, ihre Wünsche der Staatsregierung zum Ausdruck zu bringen. Nieber die Notwendigkeit einer Erhöhung der Getreidezölle über die Vorlage ist jede Diskussion überflüssig. Wenn wir bei Abschlüssen der Handelsverträge nicht ein gewisses Minimum erhalten, dann ist es besser, gar keine Handelsverträge zu haben.

Abg. Richter (frs. Volksp.): Wie die Polen vor einigen Tagen, so haben heute die Regierungsvorsteher den Saal verlassen. Bismarck hatte das auch schon einmal im Reichstag gemacht, als die

Freisinnigen einen Antrag zur Polenfrage eingereicht, die nach seiner Meinung allein den Landtag anging. Graf Bülow hat einmal gesagt, ich sei der tertius gaudens, wenn er mit den Agrarern abrechnet. Das bezog sich auf die Kanalvorlage. Damals habe ich mich garnicht so gaudiert. Aber heute erfüllt mich ein gewisses Gaudium. Als tertius bin ich unbeteiligt, da für mich sowohl der Standpunkt der Regierung wie der Agrarler unannehmbar ist. Als im Anfang der Session Graf Bülow seine Verantwortlichkeit bestritt in diesem Hause in Bezug auf Ministerwechsel, den Schluss der Session und sogar in Beziehung auf die Einbringung von Vorlagen, da wurde auf der rechten Seite von keiner Seite gegen solche Einschränkung der Verantwortlichkeit protest erhoben. Die Herren auf der rechten Seite können einigermaßen verwundert darüber sein, daß der Reichskanzler nur bestimmt sagte, hier dürfte in solchen Zollangelegenheiten nicht gesprochen werden. Als der Herr Reichskanzler hier seine Antrittsvisite als Ministerpräsident machte, hat er selbst auch über diese Zollfragen gesprochen, ebenso bei der ersten Beratung des Staats in diesem Jahre. Auch gab er eine Erklärung ab, als von der rechten Seite im vorigen Jahre ein Antrag in Bezug auf die Erhöhung der Zölle gestellt wurde. Damals bekam der Herr Ministerpräsident stets "Lebhafte Bravo" rechts." Ich kann es deshalb den Herren auf der Rechten nicht verübeln, wenn sie nun einmal nachfragen, ob ihr lebhafte Bravo zu diesen allgemeinen Erklärungen sich nun auch noch rechtfertigt. (Sehr gut! links.) Andererseits muß ich als unparteiischer Dritter aber auch sagen, daß ich in dieser Situation den Antrag, gelinde gesagt, sehr merkwürdig finde; denn Sie m. H. auf der Rechten, haben doch Gelegenheit, den Grafen Bülow jeden Tag im Reichstag zu sprechen. Auch kann die Zolltarifkommission jeden Tag die Angelegenheit mit einem Bericht an das Plenum bringen. In jedem Falle ist eine Debatte hier über diese Frage nur ein unvollkommenes Surrogat für eine Plenardebattie des Reichstags. Abg. Herold meint, in der Zolltarifkommission habe der Reichstag gesprochen und eine geschlossene Mehrheit gefunden. Nein, die Zolltarifkommission hat sich eine zweite Lesung vorbehalten, und die Kommission ist noch nicht das Plenum. Wie konnte gerade das Centrum hier einen solchen Antrag unterschreiben? (Sehr richtig! links.) Die Taktik des Centrums lehnt es nach dem Vorgange des Abg. Windthorst stets ab, überhaupt in Kommissionen sich endgültig festzulegen. Nun wollen Sie hier die Regierung festmachen. Abg. Herold will aus dem Kommissionsbeschuß auf eine fest geschlossene Mehrheit schließen. In der Kommission aber betrug für die Mindestzölle in den Säulen, auf die sich diese Anträge beziehen, die Mehrheit nur 14 gegen 11. Es brauchen also nur 3 umzufallen von den 14, und mit Stimmengleichheit werden unter 28 die höheren Säule der Mindestzölle in 2. Lesung abgelehnt. Hat denn die Autorität dieses Hauses eine entfernte Bedeutung für die Mehrheit des Reichstags? Dort haben die Porten, die diesen Antrag unterschrieben, keine Mehrheit. Vergessen Sie nicht, das Abgeordnetenhaus ist auf der Grundlage des Dreiklassenwahlsystems gewählt. Vergessen Sie nicht, daß es gewählt ist von nur 20 % der Wahlberechtigten gegenüber 70 % der Wahlbeteiligung im Reichstag, und daß die Einstellung der Wahlkreise hier noch viel weniger als im Reichstag den wirklichen Verhältnissen entspricht. Beim Festmahl des Landwirtschaftsrats hat Graf Bülow jede Erhöhung und Vermehrung der Mindestzölle abgelehnt. Und trotz allem sage ich: Graf Bismarck hat Recht als er im Circus Busch behauptete: Wenn Graf Bülow ginge, so würde kein so Landwirtschaftsverständiger an seine Stelle treten. Ich sage: es hat nie einen so agrarischen Kanzler gegeben. Gehen Sie darum mit diesen Kameraden in gleichem Schritt und Tritt, sonst erleben Sie Schaden. Bei den letzten Reichstagswahlen waren die Erklärungen der agrarischen Kandidaten schon überaus gemäßigt. (Sehr richtig!) In Elbing-Marienburg hat Herr v. Oldenburg erklärt, er sei kein Unmensch (Herrlichkeit) er nehme keinen extremen Standpunkt ein, sondern werde sich mit dem begnügen, was zu bekommen ist. So geht es schließlich mit Ihnen allen: Wenn Sie nicht mehr bekommen können vom Grafen Bülow, nehmen Sie, was Sie kriegen können (Herrlichkeit). Bei der Wahl im Rastenburger Kreis hat der Kandidat v. Rauter in Bartenstein gesagt: Herr v. Wangenheim habe den Kommissionsantrag nicht unterschrieben, damit desto besser gehandelt werden könne. (Herrlichkeit links.) So wird dann schließlich doch der Rückzug auf die Regierungsvorlage stattfinden in den entscheidenden Biffern. Wenn nun wirklich das Unbegreifliche Ereignis würde, wenn die Wässer zu tief sein sollten, daß die Agrarler mit dem

Reichskanzler zusammenkommen, wäre das etwa ein Unglück? Dann schließen wir von der Linken mit Ihnen von der Rechten ein Bündnis und verwerfen dann gemeinsam den ganzen Tarifentwurf. (Sehr richtig! links.) Dann sind wir wieder einträchtige Freunde. (Große Herrlichkeit.) Noch besser wäre es freilich, wenn die Regierung angesichts einer solchen Situation den ganzen Entwurf zurückzöge. Sie ersparte dann in der Höhe des Sommers den Ministern, den Kommissarienten, den Kommissionsmitgliedern mit und ohne 2000 M. Blätter die vielen Sitzungen. So lange keine Handelsverträge zu Stande kommen, die besser sind als die jetzigen, oder mindestens gleichwertig, kann man ja die bestehenden Handelsverträge prolongieren, und wenn erst ein neuer Reichstag aus den Wahlen im nächsten Juni hervorgegangen ist, würde es meines Erachtens viel leichter werden, richtige Handelsverträge abzuschließen, als es jetzt noch möglich ist. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Fuchs (Cent.): Wenn die Eisenindustrie keinen Zollschutz gehabt hätte, so rauchten heute unsere Schloten nicht mehr; darunter hätten in erster Linie die Arbeiter zu leiden gehabt. Von der Höhe des nationalen Wohlstandes, den wir gerecht verteilen wollen, ist die Sozialreform abhängig. Es ist eine Spekulation auf die Dummheit der Massen, wenn man von der Erhöhung der Getreidezölle eine Brotverteuerung in Aussicht stellt.

Abg. Dr. Barth (frs. Bgg.): Als im Jahre 1894 die Schweiz einen hohen Generaltarif vorsah, da hat Graf Kantis erklärt, diesen Tarif könne man nicht ernst nehmen. Ich hoffe, daß Graf Kantis auch heute eine ebensolche Stellung zu dem deutschen Generaltarif einnehmen wird. Redner spricht seine Genugtuung darüber aus, daß von Seiten der Regierung klar und klar erklärt ist, daß die Einzelzölle nicht mit Reichsangelegenheiten sich zu befassen haben. Das entspricht auch durchaus dem Sinn der Reichsverfassung. Der preußische Landtag kann auch in dieser Frage keine Direktive für die Reichspolitik geben, weil die Sozialdemokratie, die doch vorzugsweise die Arbeiter vertreten, die von den Zöllen besonders betroffen werden, in diesem Hause durch kein einziges Mitglied vertreten ist. Ich hätte nicht erwartet, daß die Regierung zu einer solchen energetischen Erklärung sich aufschwingen würde nach ihrer bisherigen schwächeren Haltung. Die Herren von der Rechten haben erklärt, daß die Landwirtschaft zu Grunde gehen werde, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden. Ich hoffe, daß die Herren so charakterfest sein werden, um auf ihren Forderungen zu bestehen; dann wird die Folge davon sein, daß die ganze Vorlage nicht zu Stande kommt, was dem Lande nur zum Segen gereichen wird. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (cons.): erklärt, daß aus der Tatsache, daß er den Antrag nicht mit unterschrieben habe, nicht geschlossen werden darf, daß er mit dem Antrage nicht einverstanden sei. Der Landtag hat das Recht, sich mit der Regierung darüber auszusprechen, was die Mehrheit im Lande denkt. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie werden kommen, aber über Ihre (nach links) Leichen. (Herrlichkeit.) Die Sozialdemokratie hat sich bisher als die ärgerste Feindin des wahren Wohles der Arbeiterschaft gezeigt (Sehr richtig! rechts), wenn sie auch die Parteien veranlaßt hat, über manche berechtigte Klage nachzudenken, so kommt es ihr doch nicht darauf an, aufzufindene Arbeiter zu schaffen. Der Abg. Richter hat heute eine seiner besseren witzigen Reden gehalten. Gerade von agrarischer Seite ist in den letzten Jahren der Industrie das äußerste Entgegenkommen gezeigt worden. Eine Festlegung der landwirtschaftlichen Zölle kann ich nicht machen, ehe ich nicht weiß, wie sich die Industriezölle gestalten werden. Wir achten die Situation der Regierung, wir sind aber auch überzeugt, daß wir Hand in Hand mit den Wählern gehen. Die ganze Agitation gegen die Lebensmittelzölle ist nur von Ihrer Seite (nach links) erfunden worden. Geht es so weiter, so werden bald die Freunde des Dr. Barth zahlreich in den Landtag einzehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Sattler (nl.): Meine Freunde haben es immer für bedenklich gehalten, wenn die Einzelzölle sich mit Reichsangelegenheiten befassen. Fürst Bismarck hat, solange er Reichskanzler war, sich eiferisch eine solche Emanzipation verbeten. Abg. v. Wangenheim will angeblich die Interessen von Industrie und Landwirtschaft vereinigen. Wie Sie (nach rechts) die Interessen der Industrie vertreten, das haben Sie bei der Kanalvorlage gezeigt. (Sehr gut! links.) Wenn Sie fortfahren in dieser Taktik, indem Sie bei der Vereinigung der Interessen von Industrie und Landwirtschaft immer für sich selber das Meiste fordern, so wird es Ihnen gehen wie den berüchtigten Vogelbergen. (Herrlichkeit und Beifall links.)

Abg. Dr. Veder (Ctr.): Der württembergische Landtag habe sich ebenfalls mit Zollsachen beschäftigt. Glaubt denn die Reichsregierung bei dem starren Festhalten an den Sätzen der Zolltarifvorlage, dieselbe durchzubringen?

Abg. Ehlers (Frs. Vgg.): Wenn die Staatsregierung es abgelehnt hat, sich über die Anträge zu äußern, so hat sie damit vollständig richtig im Interesse der Staatsautorität gehandelt.

Abg. v. Oldenburg (kont.): Abg. Richter hat gesagt, ich wäre der Vorsitzende des Bundes der Landvolke in Westpreußen. Das ist richtig. Abg. Richter hat weiter erklärt, ich hätte gesagt, ich wäre kein Unmensch und würde über die Annahme der Regelungsvorlage mit mir reden lassen. Das ist nicht richtig. Und wenn der Abg. Richter sagt hat, er hätte es gelesen, so bemerke ich: Brutus sagt's und Brutus ist ein ehrenwerter Mann, die Zeitung aber hat gelogen wie gedruckt.

Abg. Richter: Was ich über v. Oldenburg ertritt, habe ich entnommen den Blättern, die während des Wahlampfes erschienen sind. Zu jener Zeit sind mir Blätter aller Parteien zu Gesicht gekommen, und in keinem der dortigen Blätter sind die Neuverordnungen berichtet. Das war allerdings vor den Wahlen.

Ab. v. Oldenburg: Ich habe in den Erklärungen an meine Wähler ausdrücklich gesagt, daß ich für den Entwurf nicht stimmen werde. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt.

Der Antrag v. Bedlik gegen die Stimmen der Freikonservativen wird abgelehnt. Der konservative Antrag wird mit 183 gegen 79 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die Konservativen und das Centrum und der Antisemit Werner. Die Freikonservativen enthielten sich der Abstimmung. Die Polen waren nicht anwesend. Die übrigen Parteien stimmten geschlossen gegen den Antrag.

Mittwoch: Interpellation v. Pappenheim, betr. Maßnahmen gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter. — Schluss 4 Uhr.

Rechtspflege.

Strafkammer vom 2. Juni.

Eine seltene Unverschreintheit besitzt der Arbeiter Wissenski aus Culm. Am 7. Jan. hatte der Gymnasiast Regenbrecht seinen Neffen am Bahnhof Culm abgeholt und den Arbeitsbürokraten Kläpper beauftragt, sich das Reisegepäck auszuhändigen zu lassen und zur Stadt zu schaffen. Gesagt, getan. Unterwegs gesellte sich dem Kl. der W. hinzu, der versuchte, ihm den Koffer abzunehmen, um sich ein Trinkgeld zu verdienen. Kläpper gab den Koffer aber nicht so ohne weiteres frei, hielt ihn vielmehr fest und rang mit W. darum. Erst als W. ihm einen Faustschlag in das Gesicht versetzte, ließ Kl. den Koffer los. Nunmehr lud W. sich das Gepäck auf und ging damit zur Stadt. Inzwischen war die Mutter des Kl., die den Vorfall beobachtet hatte, hinzugekommen. Als sie dem W. Vorhaltungen machte, setzte dieser den Koffer ab und ging davon. W. soll sich durch seine Handlungsweise der Rüttigung und der Körperverletzung schuldig gemacht haben. Er bestreitet die ihm zur Last gelegten Straftaten. Durch die Beweisaufnahme wurde er jedoch für überschritten erachtet. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

Kirchenräuber. Der Arbeiter Willkowksi hat am 3. Apr. in der kath. Kirche zu Nawra 2 Opferbüchlein erbrochen und sie ihres Inhalts mit 4,45 M. veräuft. Er will den schweren Diebstahl in Gemeinschaft mit einem zweiten, ihm dem Namen nach unbekannten Manne aus Polen verübt haben. Dieser soll angeblich die eine Opferbüchlein erbrochen haben, während er das Geld aus der anderen sich angeeignet habe. Mit Rücksicht auf seine Vorstrafen verurteilte ihn der Gerichtshof zu 2 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust auf 4 Jahre und Polizeiaufsicht.

Wäschiedieb. Der Schauspieler Consorke aus Bülow, dem schon öfter Gelegenheit gegeben ist, über den Begriff "mein und dein" hinter vergittertem Fenster tiefgründige Betrachtungen anzustellen, ging am 21. Febr. durch Morder. Die Arbeiterfrau Palissi hatte an diesem Tage Wäsche

ausgehängt. Als C. hier vorbeikam, eignete er sich davon einige Kragen an und verschwand eiligst damit. Doch die Nachte nahte in Gestalt des Schwiegerbruders der Pestohlenen. Der Arbeiter Wissenski erwischte den Dieb noch und verschaffte dem Amtshause die hohe Ehre, ihn in seinen Mauern bergen zu können. C. gab an, er sei sinnlos betrunken gewesen. Das war geschwindelt, wenn schon er einen über den Durst zu sich genommen. Resultat: 6 Monate Gefängnis.

Eine diebische Elster war die nächste Nummer, die das Armenförderbündchen betrat. Die Maurerfrau Bartkowska aus Moker, auch klein Neuling mehr in der Kunst "5 Finger und ein Griff" war am 14. Juni im Laden des Fleischermeisters Hinkle, um Einkäufe zu besorgen. Die Madame glaubte sich unbeobachtet — irrt, ließ sie unter ihrem Umhang ein Stück Fleisch von 8 M. verschwinden. Doch das Auge des Geschäftsnehmers hatte gewacht. Sie wurde in flagranti erwischt und — ab nach Nummer Sicher. Hier beliebte es der Sisterten, sich noch einen falschen Namen beizulegen. Die alte Diebin erhielt wegen des Diebstahls 1 Jahr Zuchthaus, Ehrverlust auf 2 Jahre und Polizeiaufsicht, wegen der Namensmogelei 2 Wochen Haft.

Ein ungetreuer Knecht war Ruminski, Arbeiter aus Moker, der bei dem Fuhrmann Kaczmarek in Diensten stand. Bei seiner Entlassung soll er sich aus dem Stalle in dem er seine Schlaftelle hatte, 2 Hühner, 2 Decken und ein Paar Stiefel angeeignet haben. Er bestreitet dies. Der Diebstahl der beiden Decken und der Stiefel konnte dem Angestellten nachgewiesen werden, derjenige der Hühner aber nicht. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

Unehrlich Volt. Der Arbeitsschule Kl., der Schüler S., z. B. in der Fürsorgeerziehungsanstalt zu Graudenz, und die Arbeitsetochter Kl., alle drei aus Moker, sollen am 8. Okt. einem Kesselschmied 1. Ctr. Bleitügeln und 2 Siebe aus dem Garten entwendet haben. Die beiden Burschen würden mit je 1 Woche Gefängnis belegt; die kleine Kl. war nicht erschienen, daher wurde die Sache gegen sie vertrat.

Stiebitz nach Noten hatte das erst 18 Jahre alte Dienstmädchen Mathilde Hinck aus Thorn. Ihrem Bruder, einem Communalbeamten, hatte sie 10, ein anderes Mal 20 M. aus dem Portemonnaie gestohlen. Sie räumte ferner ein, einer Dienstmagd aus einer Hutschachtel 50 Pf. und einer anderen aus einem verschlossenen Kesselkorb eine größere Anzahl Kleidungsstücke entwendet zu haben. Die Kleidungsstücke hat die H. als ihre Tat rückbar wurde, sämtlich verbrannt. Die Pestohlene erleidet deshalb einen beträchtlichen Schaden. Mit Rücksicht auf das Gesindnis und ihre Jugend, ließ W. sich das Gepäck auf und ging damit zur Stadt. Inzwischen war die Mutter des Kl., die den Vorfall beobachtet hatte, hinzugekommen. Als sie dem W. Vorhaltungen machte, setzte dieser den Koffer ab und ging davon. W. soll sich durch seine Handlungsweise der Rüttigung und der Körperverletzung schuldig gemacht haben. Er bestreitet die ihm zur Last gelegten Straftaten. Durch die Beweisaufnahme wurde er jedoch für überschritten erachtet. Das Urteil lautete auf 2 Monate Gefängnis.

Wiederholter Mißhandlung von Untergewöhnung war der Sergeant Hofmann vom 20. Inf.-Regt., Garnison Lindau, angeklagt. Er wurde vor dem Kriegsgericht überführt, Mannschaften niedergestossen zu haben und mit der Faust und Mörserstößen auf den Kopf geschlagen zu haben. Der Vertreter der Anklage beantragte, Hofmann wegen militärischer Verbrechen für schuldig zu erkennen und zu 30 Tagen Mittelarrest zu verurteilen. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis.

Ein trübes Sittenbild enthielt eine Verhandlung vor der Strafkammer in Böhm. Zwei schulpflichtige Knaben waren vom Lehrer bestraft worden und hatten, um sich zu rächen, das Grab der verstorbenen Frau des Lehrers geschändet, die Glasplatte am Denkmal zertrümmert, das den Grabhügel einsiedigende Gitter zerstört, Blumen und Sträucher am Grabe vernichtet und den Erdboden aufgerissen. Das Gericht bestrafe den einen der Burschen mit 1 Jahr, den anderen mit 1 Monat Gefängnis.

Arbeiter-Bewegung.

Stuttgart, 2. Juni. Der Streik der Straßenbahner wächst. Zu den bisherigen Ausständen stoßen auch nichtorganisierte Angestellte. Gegen 400 Schaffner und Führer sind jetzt im Ausstand. Nur etwa 20 Angestellte sind noch im Dienst. Der Betrieb ruht jetzt vollständig. Aus Heilbronn und Karlsruhe hat die Direktion einige Streikbrecher requirierte, diese haben aber zum größten Teil wieder Stuttgart verlassen. Auch Mannheim ist um Aufhülfe angegangen worden, doch hat eine telephonische Anfrage des Streikbureaus in Mannheim ergeben, es bestehe keine Aussicht, daß Oberbürgermeister Beck von der städtischen Bahn Personal abgeben werde. Der Mangel der wichtigsten Verkehrsmittel ruft schwere Störungen und Schäden hervor.

Barcelona, 2. Juni. Die Elektrizität-Arbeiter sind in den Ausland getreten. Die Stadt kann infolge dessen nicht mit Licht und Kraft versorgt werden.

Badajoz, 2. Juni. Ausständige Straßenbahner griffen die Gendarmerie an. Es kam zu einem Handgemenge, in dem Schüsse gewechselt wurden. 36 Personen sind verhaftet, 3 Personen, darunter 1 Gendarm, wurden schwer verwundet.

Vermischtes.

* Die Gotthardbahn wurde am 1. Juni vor 20 Jahren eröffnet. Die Schweiz, das Deutsche Reich und Italien beschlossen auf mehreren in Bern und Luzern in den sechziger und siebziger Jahren stattgefundenen internationalen Konferenzen den gemeinsamen Bau der Gotthardbahn, um eine direkte Verbindung des Nordens mit dem Süden zu erhalten. Erst 85 Mill. und dann, als sich während der Bauarbeiten die Unzulänglichkeit der Kostenberechnung herausstellte, weitere 34 Mill. Fr. brachten die drei Staaten auf, wovon Deutschland 30, Italien 56 und die Schweiz 31 Mill. Frank. Die übrige Finanzierung besorgte die Aktiengesellschaft, die heute insgesamt 292 Mill. Fr. an Anlagekapital u. ausweilt. — Am 1. Juni 1882 fand nach zehnjähriger Bauzeit — die Bauarbeiten waren am 1. Okt. 1872 begonnen worden — die Eröffnung der Gotthardbahn statt, bei welchem Anlaß in Luzern und Mailand glänzende Eröffnungsfeierlichkeiten veranstaltet wurden, denen auch zahlreiche Parlamentarier aus den beteiligten drei Ländern teilnahmen. Welchem großen Bedürfnis der Bau der Gotthardbahn entsprach, zeigt die Verkehrsstatisistik. Danach hat sich in den 18 Jahren seit 1882 der Personen- wie der Güterverkehr weit mehr als verdoppelt und in gleichem Maße sind auch die Einnahmen gestiegen. Die Gotthardbahn hat eine gewaltige internationale volkswirtschaftliche Bedeutung und ihre Errichtung stellt sich aus im Lichte der erreichten Zahlen als eine Kulturtat ersten Ranges dar.

* Che par distance. Das es oft jungen Liebenden schwer gemacht wird, sich ein Nestchen zu bauen und daß dieser Umstand dann dazu beiträgt, das Heiraten hinauszuschieben, ist allgemein bekannt. Es bleibt aber auch Fälle im neuen Jahrhundert, in denen das Gleiche aus der entgegengesetzten Ursache erfolgt. War da ein Jüngling im schwedischen Land Böbibo, der an ein holdes Mädchen sein Herz verlor, Si war auf dem Gute das einzige Kind, ebenso der treue Auserwählte und als sie den Bund fürs Leben geschlossen hatten, fanden beide, daß sie es doch nie besser haben könnten als auf dem Gute ihrer Eltern und so blieben sie, wo sie waren. Nichts kam aus dem Geleise, alles blieb beim alten, nur daß die jungen Leute Mann und Frau waren und sich des öfteren Besuch abstatteten. Das ist mal was anderes, bemerkte hierzu "Smalandsposten", der dies Geschichtchen entnommen ist.

* Eine gemütliche Hochzeitsfeier. In Popernie (Belgien) kam es bei einer Hochzeit zwischen den Neuwählten und den Gästen zu einer blutigen Schlägerei, wobei der junge Ehemann erschlagen, mehrere Gäste schwer verletzt wurden. Die ganze Hochzeitsgesellschaft wurde verhaftet.

Handelsnachrichten.

Thorner Marktpreise v. Dienstag 3. Juni.

Der Markt war gut beschickt.

Bennung	niedr. Preis	höchst. Preis
Ma	kg	kg
Weizen	100 Kilo	17 40 18
Roggen	"	14 80 15 20
Berte	"	12 20 13
Hafer	"	14 90 15 40
Stroh (Richt.)	"	8 — 7
Heu	"	6 — 7
Erbsen	"	17 — 18
Kartoffeln	50 Kilo	1 10 2
Weizenmehl	"	— —
Groggenmehl	"	— —
Brod	2,4 Kilo	50 —
Blindfleisch (Reuße). (Bauhfl.)	1 Kilo	1 20 1 30
Kalbfleisch	"	1 1 10
Schweinefleisch	"	80 1 50
Hammelfleisch	"	1 20 1 20
Geschauderter Speck	"	1 70 —
Schmalz	"	— —
Karpfen	"	1 40 1 60
Zander	"	1 20 1 40
Male	"	1 60 2 —
Schleie	"	1 00 1 20
Hechte	"	1 — 1 29
Barbixe	"	50 — 60
Breitzen	"	50 — 60
Barbe	"	80 — 80
Karaffen	"	80 — 1 30
Weißfische	"	15 — 30
Puten	"	Stück
Gänse	"	2 50 3 50
Genten	"	Paar 2 50 4 —
Hühner, alte	"	Paar 80 — 1 40
Lauben	"	60 — 70
Butter	1 Kilo	1 40 2 20
Eier	"	2 30 2 80
Milch	"	1 Liter
Petroleum	"	18 — 20
Spiritus	"	1 20 1 30
(denat.)	"	25 —

Außerdem kosteten: Kohlrabi pro Kilo 70—80 Pf., Blumentohl pro Kopf 30—50 Pf., Wirsingkohl pro Kopf 0—60 Pf., Weißkohl pro Kopf 00—00 Pf., Rotkohl pro Kopf 00—00 Pf., Salat pro 3 Köpfchen 10—00 Pf., Spätzle pro Pf. 8—10 Pf., Petersilie pro Pf. 0 Pf., Schnittlauch pro 2 Bundchen 5 Pf., Zwiebeln pro Kilo 0—40 Pf., Mohrrüben pro Kilo 10—15 Pf., Sellerie pro Knolle 10—15 Pf., Rettig pro Stück 0 Pf., Meerrettich pro Stange 10—25 Pf., Radisches pro 3 Bd. 10—00 Pf., Gurken pro Stück 20—0,80 Pf., Schoten pro Pfund 00—00 Pf., grüne Bohnen pro Pfund 00—00 Pf., Wachskohnen pro Pf. 00—00 Pf., Apfelsinen pro Pfund 00—0,00 Pf., Birnen pro Pf. 00—00 Pf., Stielchen pro Pfund 00—0,80 Pf., Pfirsamen pro Pf. 00—00 Pf., Stachelbeeren pro Pf. 30—40 Pf., Johannisbeeren pro Pf. 00—00 Pf., Himbeeren pro Pf. 00—00 Pf., Waldbeeren pro Pf. 0,00—0,00 M., Preiselbeeren pro Pf. 0,00—0,00 M., Walnüsse pro Pf. 0,00—0,00 M., geschlachte Gänse Stück 2,00—4,00 M., geschlachtete Enten Stück 00—00 M., neue Kartoffeln pro Kilo 00—00 Pf., Erdbeeren pro Kilo 0,00—0,00 M., Heringe pro Kilo 0,00—0,00 M., Nördchen pro Mandel 20—25 Pf., Champignon pro Mandel 0,00—0,00 Pf., Rebhühner Stück 0,00 Pf., Hosen Stück 0,00—0,00 Pf., Steinbutten Kilo 0,00 Pf., Spargel pro Pf. 40—60 Pf., Apfelsinen pro Pf. 80—1,20 Pf.

Amtliche Notirungen der Danziger Börse.

Danzig den 2. Juni 1902.

Für Getreide, Hülsenfrüchte und Dessaaten werden außer den notirten Preisen 2 M. per Tonne sogenannte Factore Provisionen anstrenglich vom Käufer an den Verkäufer verübt. Weizen per Tonne von 1000 Kilogr. inländ. hochkant und weiß 788 Gr. 183 M. inländisch rot 769 Gr. 177 M. Roggen per Tonne von 1000 Kilogramm normalgewicht 782 Gr. 150 M. Erbsen per Tonne von 1000 Kilogr. inländisch weiß 1'0 M. bez. Bohnen per Tonne von 1000 Kilogr. inländisch 145 M. Käse per Tonne von 1000 Kilogr. inländischer 152—158 M. Kiekie per 50 Kilogr. Weizen 4,40—4,60 M. Der Börsen-Vorstand.

Lustige Ecke.

Stütze des Haushalts. Wie sind Sie mit Ihrer Köchin zufrieden? — Kochen kann sie nicht, aber sie war in so vielen feinen Familien, und da halten wir sie wegen der Conversation!

Bekanntmachung.

Die Belieferung von 6500 Cr. überschüssiger Kesselkohlen, Stückkohlen aus der Anfangsgehalt von 1800 M., steigend in 4 mal 4 Jahren um je 150 M. bis zum Höchstgehalt von 2400 M., sowie ein Wohnungsgeldzuschuß von 10 % des jeweiligen Gehalts verbunden ist, sofort zu beziehen.

Bewerber, welche im Rassen u. Rechnungswesen, insbesondere einer Sparklasse, gut und sicher ausgebildet sind, wollen Ihre Bewerbungen unter Beifügung ihrer Zeugnisse und ihres Lebenslauses bis zum 12. Juli d. Js. bei uns einreichen.

Gelehrte Wissenschaftler haben vor anderen Bewerbern den Vorzug und muß also der Civilversorgungsschein bei der Bewerbung mit eingereicht werden.

Die lebenslängliche Anstellung mit Pensionberechtigung erfolgt nach einer sechsmaligen Probezeit; eine Kavitation ist in Höhe von 1000 M. zu hinterlegen.

Thorn, den 30. Mai 1902.
Der Magistrat.

Ein wahrer Schatz
für alle durch jugendliche Verirrungen Erkrankte ist das berühmte Werk:

Dr. Rettau's Selbstbewährung

81. Aufl. Mit 27 Abbild. Preis 3 M. Lebe es jeder, der an den Folgen solcher Laster leidet. Taufende verdantem demselben ihre Wiederherstellung. Zu beziehen durch das Verlags-Magazin in Leipzig, Neumarkt Nr. 21, sowie durch jede Buchhandlung.

In Thorn vorrätig in der Buchhandlung von Walter Lambeck.